



SPD Hessen-Nord
o. Bezirksparteitag 2019
Baunatal

Beschlüsse

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal

Antrag: EU 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPE-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Europa ist die Antwort

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 In genau acht Tagen, am 26. Mai, wird Europa ein neues Parlament wählen. Es ist eine
3 Schicksalswahl, denn es wird an diesem Tag über die Zukunft der Europäischen Union
4 entschieden. Die Europäische Union ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte: nach den
5 schrecklichen Leiden des Zweiten Weltkrieges wurde die Notwendigkeit eines anhaltenden
6 Friedens erkannt.
7
8 Der Zusammenhalt Europas ist keine Selbstverständlichkeit. Er ist ein Erfolg der Frauen und
9 Männer, die nach den grausamen Erfahrungen der beiden Weltkriege, der nationalen
10 Überhöhung und dem Schüren von Hass auf andere Länder und Menschen, den Mut und die
11 Kraft gehabt haben, das Trennende zu überwinden und gemeinsam an einem friedlichen und
12 vereinten Europa zu arbeiten.
13
14 Gemessen von dort, woher Europa kam, nämlich aus einem Zusammenschluss von sechs
15 Staaten zur Montanunion, der Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dann als Europäische
16 Wirtschaftsgemeinschaft und heute als eine der wirtschaftlich und kulturell stärksten Regionen
17 der Welt, ist der Staatenbund eine einzige Erfolgsgeschichte.
18
19 Doch der Zusammenhalt ist gefährdet. Die Grundpfeiler, die ihn stützen, sind brüchig geworden:
20 Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind Zweifel am europäischen
21 Wohlstandsversprechen gewachsen. Zugleich scheint der globale Markt die politische
22 Gestaltungsmacht von Staaten auszuhebeln. Populisten, Rechte und neue Nationalisten stellen
23 sich gegen den europäischen Einigungsgedanken. Sie wollen Europa schwächen und das Rad
24 der Geschichte zurückdrehen.
25
26 Gleichgültigkeit und der Mangel an Visionen sind keine Antworten auf die großen
27 Zukunftsfragen Europas! Wir müssen ein soziales Europa schaffen, um die Zukunftsaufgaben
28 erfolgreich bewältigen zu können. Ein starkes Europa liegt im ureigenen Interesse aller
29 Menschen: um Ungleichheiten in Europa abzubauen, um den gesellschaftlichen Austausch
30 voranzutreiben, um Demokratie und Parlamentarismus zu stärken.
31
32 Dafür haben wir ein starkes Programm für den Wahlkampf entworfen:
33
34 **Für ein Europa, das zusammenhält**
35
36 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Europa auch in Zukunft zusammenhält. Der
37 Zusammenhalt ist der Schlüssel, um Zukunftsängsten, Unruhen und krisenhaften
38 Entwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten zu begegnen. Zusammenhalt in Europa setzt

39 Verständigung voraus. Wir dürfen uns nicht von kurzfristigen, nationalen Interessen leiten
40 lassen.
41 Wir müssen das Versprechen Europas einlösen und sozialen Grundrechten Vorrang gewähren.
42 Wir müssen für ein neues Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen Bestreben und sozialen
43 Rechten eintreten. Wir wollen, dass sich die Mitgliedsstaaten solidarisch für gleichwertige
44 Lebensbedingungen in ganz Europa einsetzen. Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss
45 angemessen besteuert werden und seinen fairen Anteil für die Gesellschaft leisten. Deshalb
46 muss die Europäische Union Schlupflöcher für internationale Konzerne schließen, sei es bei der
47 Besteuerung oder bei der Gewährung von ArbeitnehmerInnenrechten.

Einen Kontinent der guten Arbeit schaffen

51 Gemeinsam können wir es schaffen, dass jeder und jede in Europa sicher sein kann, dass wer
52 arbeitet, von seinem Lohn auch gut leben kann. Arbeit muss angemessen entlohnt und der
53 gemeinsam erarbeitete Wohlstand gerecht verteilt werden. Wir wollen europaweite soziale
54 Mindeststandards. Ein europaweiter Mindestlohn (60% gemessen am Durchschnittslohn des
55 jeweiligen Mitgliedslandes) ist absolut notwendig aus unserer Sicht! Das bedeutet in
56 Deutschland einen Mindestlohn von 12€.
57 Besonders die Digitalisierung ist dabei, die Arbeitswelt grundlegend zu verändern. Sie ist eine
58 enorme Chance für gute Arbeit, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet und die
59 Dividende gerecht verteilt wird. Bestehende Berufsqualifikationen müssen durch ein Recht auf
60 Weiterbildung und Qualifizierung für die Zukunft genutzt werden.
61 Vor allem wollen wir die Digitalisierung der Arbeit arbeitnehmerfreundlich gestalten. Wir wollen
62 verhindern, dass der digitale Fortschritt zu Rückschritten bei den Rechten der
63 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führt.

Freiheit schützen und auf die Jugend bauen

66 Wenn mit rechtspopulistischen parlamentarischen Mehrheiten der Kernbestand demokratischer
67 Grundprinzipien geschleift wird, muss die Europäische Union die Rechtsstaatlichkeit schützen.
68 Es wird Zeit, dass Europa wehrhafter wird und nicht zaudert und zusieht, wie die Demokratie
69 ihren Feinden auch noch die Mittel liefert, ihre Existenz zu gefährden.
70 Für junge Menschen ist Europa kein abstraktes Projekt mehr, sondern eine Realität und ein
71 Lebensgefühl: gemeinsame Währung, freies Reisen, Lernen, Studieren und Arbeiten im EU-
72 Ausland. Freundschaften werden über alle Grenzen hinweg geschlossen. Die EU muss
73 Projekte wie zum Beispiel Erasmus weiter unterstützen und junge Menschen einbinden. Junge
74 Europäerinnen und Europäer müssen ein Mitspracherecht haben und die Möglichkeit haben,
75 ihre Zukunft zu gestalten.

Weiter vorwärts mit der Gleichstellung

77
78
79 Heute formieren sich in vielen Mitgliedsstaaten konservative und rechtspopulistische Kräfte
80 gegen eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik und Frauenrechte. Gemeinsam können wir
81 jedoch dafür sorgen, dass es mit der Gleichstellungspolitik weiter vorwärts geht. Frauen müssen
82 endlich den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit wie ihre männlichen Kollegen
83 bekommen. Frauen verdienen derzeit im Durchschnitt 16 % weniger als Männer. Auch die
84 Altersarmut ist weiblich: Frauen bekommen in Europa 39% weniger Rente als Männer. Diese
85 Lücken müssen geschlossen werden. Frauen müssen auch auf der Ebene der Aufsichtsräte
86 und Vorstände besser vertreten sein.

Für ein Europa des nachhaltigen Fortschritts und mehr Lebensqualität

90
91 Wir wollen für den Standort Europa eine starke Wirtschaft, die Digitalisierung als Chance
92 begreift und aktiv gestaltet, die gute Arbeit schafft und faire Löhne zahlt. Wachstum darf jedoch
93 nicht nur monetären Wohlstand bedeuten, sondern auch zu einem Mehr an Lebensqualität
94 führen.

95 Die Digitalisierung bietet das Potenzial, unseren Alltag zu vereinfachen, Familie und Beruf
96 besser zu vereinbaren und Arbeit selbstbestimmter zu gestalten. Wer die Grundrechte des
97 Einzelnen auch morgen schützen will, der muss heute schon die Digitalisierung gestalten. In
98 diesem Sinne muss der wissenschaftliche und technische Fortschritt ein ganz wesentlicher
99 Bestandteil der politischen Gestaltung unserer Zukunft sein. Deshalb brauchen wir ein
100 handlungsfähiges Europa, das aktive Wirtschafts- und Digitalisierungspolitik betreibt, mit dem
101 Anspruch einer demokratischen, sozialen und ökologischen Steuerung. Diese
102 Herausforderungen dürfen nicht allein dem Markt überlassen werden.

103

Eine nachhaltige Energiepolitik für eine europäische Energiewende

104

106 Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die wir nur in einem starken Europa
107 angehen können. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Weichen für den Übergang zu einer
108 dezentralen, nachhaltigen und sicheren Stromversorgung auf europäischer Ebene gestellt
109 werden. Unser Ziel ist eine europäische Energiewende, die eine bezahlbare Stromversorgung
110 für Bürgerinnen und sichert und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärkt. Wir fordern, dass
111 der Ausbau der Erneuerbaren Energien überall in der EU vorangetrieben wird. Gerade im
112 Bereich der Erneuerbaren Energien entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Daher muss in den
113 kommenden Jahren stärker in die Forschung und Entwicklung dieser Energiequellen investiert
114 und die globale Vorreiterrolle der EU gefestigt werden. Unser Ziel ist es auch, die
115 Energieeffizienz in der EU zu stärken. Um die dezentrale Energieversorgung voranzutreiben,
116 fordern wir außerdem, dass der besonderen Rolle von Stadtwerken und
117 Bürgerenergiegenossenschaften Rechnung getragen wird.

118

Eine aktive und strategische europäische Industriepolitik, die den Wandel sozial gerecht gestaltet

119

122 Der Wohlstand in der Europäischen Union ist der industriellen Wertschöpfung zu verdanken.
123 Die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen, die Digitalisierung und Dumping-Konkurrenz
124 auf den globalen Märkten stellen unsere Industrie jedoch vor neue Herausforderungen. Wir
125 wollen, dass die Europäische Union unsere Industrie dabei unterstützt, weiterhin
126 wettbewerbsfähig und Spitzenreiter in der Innovation zu bleiben. Umbrüche in der Arbeitswelt,
127 die im Wandel hin zu einer emissionsarmen Wirtschaft entstehen, wollen wir nicht nur
128 hinnehmen, sondern sozial gerecht gestalten. Wir sind die einzige Partei, die Klimaschutz und
129 Arbeitsschutz verbinden kann. Anstatt tatenlos zuzusehen, wollen wir die Arbeitsplätze in
130 unseren Regionen halten. Dafür brauchen wir Investitionen in unsere digitale Infrastruktur und
131 in die digitale Bildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wenn wir die Industrie 4.0 in
132 unserer Region fördern, kann sie weiterhin Vorreiter in der Entwicklung hochwertiger,
133 nachhaltiger Produkte sein. Zum Beispiel wollen wir die Bahnindustrie in der Region
134 Nordhessen wettbewerbsfähig halten, indem wir auf europäischer Ebene die Änderung von
135 Kriterien zur Auftragsvergabe im öffentlichen Sektor anstreben, um größeren Wert auf
136 Nachhaltigkeit und Arbeitnehmerschutz zu legen.

137

Friedensmacht Europa stärken

138

140 Flucht und Vertreibung nehmen weltweit zu und machen an den Grenzen Europas nicht halt.
141 Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Europa muss Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge
142 bekämpfen. Wir wollen legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen, als Grundlage einer
143 geordneten Zuwanderung.

144 Die Ursachen von Flucht und Vertreibung, die Sicherung des Friedens, die soziale Gestaltung
145 der Globalisierung, der Klimawandel – zu diesen weltweiten Herausforderungen kann Europa
146 mit vereinten Kräften einen entscheidenden Beitrag leisten.

147

148 Diese Europawahl ist eine Richtungsweisende. Wir entscheiden darüber, ob wir die großen
149 Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam anpacken. Oder ob die Nationalisten und
150 Populisten die Oberhand gewinnen und das Rad der Geschichte zurückdrehen.

151 Am 26. Mai haben wir alle die Wahl. Lasst uns die Menschen überzeugen, dass unser Weg für
152 Europas Zukunft der richtige Weg ist. Lass uns zusammen Europa stark machen! Denn Europa
153 ist die Antwort. Für uns steht fest: Wir wollen ein friedliches, ein soziales und ein
154 demokratisches Europa. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Europa stark
155 machen. Unser Europawahlprogramm ist deshalb ein wichtiger Baustein für ein starkes und
156 soziales Europa.
157 Denn wir wissen: Nur gemeinsam kommen wir voran. Zusammen mit den Genossinnen und
158 Genossen in unseren Ortsvereinen, Unterbezirken und der ganzen Region Nord- und
159 Osthessen haben wir ein Ziel: die Wählerinnen und Wähler bis zum 26. Mai zu überzeugen:
160 Kommt zusammen! Denn Europa ist die Antwort.

161
162

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal**

Antrag: EU 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: Deutsche Gruppe in der S&D-Fraktion
SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Europäische Datensteuer einführen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern die Erarbeitung und Einführung eines europäischen Besteuerungskonzepts auf das
2 Verarbeiten von personenbezogenen Daten zu kommerziellen Zwecken.

3
4

5 Begründung:

6

7 Die Marktwirtschaft besteht schon lange nicht mehr nur aus den „klassischen“
8 Geschäftsmodellen der Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen. Mittlerweile gehören
9 Digitalisierungsriesen wie z.B. Amazon, Facebook oder Google zu den größten und
10 einflussreichsten Konzernen auf der Welt.

11

12 Facebook hat im Jahr 2017 allein einen Nettogewinn von fast 16 Milliarden US-Dollar
13 eingefahren. Eine Grundlage für die horrenden Gewinne stellt jeder einzelne Nutzer der
14 besagten Plattformen zur Verfügung: die eigenen personenbezogenen Daten. Facebook könnte
15 ohne diese Daten keine personalisierten Werbeanzeigen schalten und somit auch nicht seine
16 entgeltlichen Werbedienste für Unternehmen usw. anbieten. Amazon könnte den Nutzern keine
17 personalisierten Angebote anzeigen und darüber hinaus das Kaufverhalten und die Interessen
18 der einzelnen Nutzer nicht analysieren, um die Plattform gewinnmaximierend anzupassen bzw.
19 zu optimieren. Diese Beispiele sind auf nahezu alle ähnlich aufgestellten Konzerne übertragbar
20 und zeigen, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten mittlerweile in einigen
21 Branchen einen essentiellen Bestandteil an der Wertschöpfung der Konzerne ausmacht.

22

23 Eine Besteuerung von Erträgen, die zum Großteil durch die Verarbeitung der
24 personenbezogenen von Nutzern, also Bürgerinnen und Bürgern, überhaupt erst ermöglicht
25 werden, ist eine grundsätzliche Frage der Gerechtigkeit. Durch die besagte Besteuerung kann
26 sichergestellt werden, dass der Anteil der Bürgerinnen und Bürger an den Erträgen der
27 beispielhaft genannten Konzerne, in angemessener Art und Weise zu den Bürgerinnen und
28 Bürgern in Form von Investitionen der EU zurückfließt.

29

30 Des Weiteren kann die Umsetzung eines Besteuerungskonzepts für die Verarbeitung von
31 personenbezogenen Daten für kommerzielle Zwecke dafür sorgen, dass im Rahmen der
32 digitalen Marktwirtschaft ein restriktiverer Umgang mit personenbezogenen Daten folgt.
33 Generell gilt: Je mehr Daten über sich selbst verarbeitet werden, desto stärker kann sich diese
34 auf die Wahrnehmung der eigenen Rechte und Freiheiten auswirken. Eine Person, die weiß,
35 dass sie videoüberwacht wird verhält sich unter Umständen anders als wenn sie nicht
36 überwacht werden würde. Eine Person, die weiß, dass ihre politischen Äußerungen in sozialen
Netzwerken gespeichert werden, unterlässt unter Umständen das Kundtun der eigenen

37 politischen Meinung. Eine restriktivere Handhabung von Verarbeitungen von personenbezogenen
38 Daten ist folglich notwendig, um unter Umständen Einschränkungen von Grundrechten, wie die
39 Meinungsfreiheit zu verhindern oder dem zumindest entgegenzuwirken. Gleichmaßen ist das
40 Ziel der „Datenminimierung“ bereits als ein Grundsatz für die Verarbeitung von
41 personenbezogenen Daten in Art. 6 Abs. lit. c DSGVO durch den europäischen Gesetzgeber
42 festgehalten worden.

43
44 Zusammengefasst eignet sich eine Umsetzung eines europäischen Besteuerungskonzepts für
45 die Verarbeitung von personenbezogenen Daten für kommerzielle Zwecke zum einen als
46 Finanzierungsmittel für Investitionsinitiativen der Europäischen Union und gleichermaßen als
47 Steuerungsmittel gegenüber den verarbeitenden Unternehmen und Konzernen.

48
49
50
51

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal

Antrag: EU 6

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: S&D Fraktion im Europäischen Parlament,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag

Betr.: Urheberrechtsreform - Uploadfilter

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern, dass die SPD und ihre Abgeordneten auf allen Ebenen, wie im aktuellen
2 Koalitionsvertrag festgelegt, Upload-Filter bei Urheberrechtsverletzungen grundsätzlich
3 ablehnen.
4 Dies bedeutet in der Konsequenz, dass Pläne, die zur Einführung eines Upload-Filters führen
5 würden, ebenfalls kategorisch abgelehnt werden.

6
7

8 **Begründung:**

9

10 Wir setzen uns für einen freien Zugang zum Internet und für Meinungsfreiheit im Netz ein.
11 Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns klar und deutlich gegen automatisierte Zensur und
12 gegen Zensur durch Privatunternehmen aus. Die Entscheidung, ob ein Inhalt gegen geltendes
13 Recht verstößt und gelöscht werden muss, oder gar nicht erst zugelassen wird, dürfen wir nicht
14 Algorithmen überlassen.
15 Artikel 13 der COD in der aktuellen Form würde in der Umsetzung Plattformen dazu zwingen,
16 Upload-Filter einzusetzen, die Inhalte auf Urheberrechtsverletzungen scannen und noch vor
17 dem Hochladen blockieren. Wenngleich das Ziel des Urheberschutzes lobenswert ist, ist die
18 Technik, die für die Umsetzung notwendig wäre, fehleranfällig und intransparent.
19 In Artikel 11 soll ein Leistungsschutzrecht auf europäischer Ebene geschaffen werden, bei
20 welchem elementare Fragen aber nach wie vor offen sind. Im aktuellen Kompromissvorschlag
21 ist von "insubstantial parts ("snippets") of press publications" zu lesen, die aber nicht weiter
22 erklärt werden. Hierbei ist also beispielsweise offen, ob es sich um quantitative oder inhaltliche
23 Kriterien handeln soll. Solche Punkte dürfen in einem europaweiten Leistungsschutzrecht nicht
24 offenbleiben, weshalb wir den Kompromissvorschlag in der aktuellen Form ablehnen.
25 Wenngleich aktuell der EU-Ministerrat die EU-Urheberrechtsreform geblockt hat, ist es wichtig,
26 hier weiterhin aufmerksam zu bleiben.

27

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal**

Antrag: O 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Bilanz des ersten Jahres in der neuen GroKo kann sich sehen lassen – mit nachvollziehbaren Kriterien und klaren Forderungen die vereinbarte Überprüfung vornehmen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 **Bilanz des ersten Jahres in der neuen GroKo kann sich sehen lassen – mit**
2 **nachvollziehbaren Kriterien und klaren Forderungen die vereinbarte Überprüfung**
3 **vornehmen**

- 4
- 5 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:
- 6 Die SPD und ihre Mitglieder haben sich nach intensiver Diskussion in einem Mitgliedervotum
7 mit rund 66 Prozent der Stimmen für eine Neuauflage der großen Koalition entschieden.
- 8 Der SPD-Bezirksparteitag begrüßt, dass unter anderem folgende für die Sozialdemokratie
9 wichtige Initiativen innerhalb des ersten Jahres erarbeitet wurden und mittlerweile Gesetzeskraft
10 haben bzw. entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt wurden und somit für einen Großteil
11 der Menschen eine Verbesserung erfolgte:
- 12 • Mit dem **Digitalpakt Schule** und dem **Gute-Kita-Gesetz** möchten wir optimale
13 Voraussetzungen in der Bildung ermöglichen. Dafür werden wir 5 Milliarden Euro in die
14 digitale Ausstattung von Schulen investieren und 5,5 Milliarden Euro zur schrittweisen
15 Gebührenfreiheit der Kitas bis zum Jahr 2022 aufwenden.
 - 16 • Der Bund stellt in dieser Legislaturperiode weitere 5 Milliarden Euro für den **sozialen**
17 **Wohnungsbau** zur Verfügung.
 - 18 • Wir werden mit dem Prinzip des **Sozialen Arbeitsmarktes**, bis 2022, 4 Milliarden zur
19 Verfügung stellen, um den Betroffenen mehr Teilhabe zu garantieren und Maßnahmen
20 gegen Kinderarmut einleiten.
 - 21 • Mit dem „**Starke-Familien-Gesetz**“ werden wir den Kinderzuschlag so erhöhen, dass er
22 zusammen mit den Erhöhungen im Kindergeld und den verstärkten Leistungen für
23 Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder und damit ihren Bedarf deckt.
 - 24 • Seit dem 1. Januar zahlen **Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder den gleichen**
25 **Beitrag zur Krankenversicherung**. Das entlastet alle gesetzlich versicherten
26 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um durchschnittlich 0,5 Prozent.
 - 27 • **Entlastung von Geringverdienern:** Wer monatlich zwischen 450 und 1300 Euro
28 verdient, zahlt ab Juli 2019 verringerte Arbeitnehmerbeiträge in der Sozialversicherung.
 - 29 • Mit dem **Mieterschutzgesetz** werden Mieterinnen und Mieter besser vor Mietwucher
30 und Verdrängung durch Luxussanierungen geschützt.
 - 31 • **Stärkung der Altenpflege** durch die Schaffung von 13.000 neuen Stellen in stationären
32 Einrichtungen, sowie eine **Entlastung von pflegenden Angehörigen**. Wir haben die

- 33 Pflegekosten aus den Fallpauschalen herausgekommen. Jetzt lohnt es sich nicht mehr
34 für privaten Krankenhäusern beim Pflegepersonal zu sparen.
- 35 • Mit der **Musterfeststellungsklage** wird erreicht, dass Verbraucherinnen und
36 Verbraucher ihr Recht gegenüber Konzernen einfacher und kostengünstiger vor Gericht
37 durchsetzen können.
 - 38 • Mit der **Brückenteilzeit**, dem Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ab einer
39 bestimmten Unternehmensgröße, beenden wir die Teilzeitfalle, in der besonders Frauen
40 stecken.

41 Der SPD-Bezirksparteitag erwartet, dass im Herbst – wie im Koalitionsvertrag mit CDU und
42 CSU erstmalig vereinbart – eine Überprüfung der erreichten Ziele und Vorhaben nach für die
43 Parteibasis nachvollziehbaren Kriterien erfolgt. Es muss klar herausgearbeitet werden, an
44 welcher Stelle es im Vergleich zum bestehenden Koalitionsvertrag Aktualisierungen bzw.
45 Konkretisierungen geben muss. Auch die Grundsatzfrage muss entschieden werden: Ist das
46 gegenseitige Vertrauen und sind die gemeinsamen Schnittmengen ausreichend, um die letzten
47 beiden Jahre der Wahlperiode als Koalitionspartner die vereinbarten Projekte abzuarbeiten.
48 Hinsichtlich der Frage, bei welchen Themen es Nachschärfungen bzw. Änderungen geben
49 muss, erwartet der Bezirksparteitag Hessen-Nord insbesondere bei folgenden Themen klare
50 Antworten:

- 51 • Schaffung einer **Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung** wie sie unser
52 Bundesminister Hubertus Heil vorgeschlagen hat.
- 53 • **Abschaffung des Solis für 90 Prozent der Steuerzahler** ab 2021. CDU/CSU wollen
54 den Soli für alle abschaffen. Das ist falsch. Starke Schultern / Besserverdienende
55 müssen mehr leisten.
- 56 • **Wirkungsvolles Klimaschutzgesetz** zur Erfüllung des europäischen Klimaziels 2030,
57 dass die die CO2 Einsparpfade in den einzelnen Sektoren (Gebäude, Verkehr, Energie
58 und Landwirtschaft) seriös abbildet.
- 59 • Realistischer **Ausbaupfad für erneuerbare Energien** aufzeigen, damit das Ziel aus
60 dem Koalitionsvertrag bis 2035 65 Prozent erneuerbare Energien im Stromsektor auch
61 erfüllt werden kann.
- 62 • zeitnahe Umsetzung des **Fachkräfteeinwanderungsgesetzes** mit einer Perspektive für
63 gut integrierte Flüchtlinge.
- 64 • Einführung einer **Mindestvergütung für Auszubildende** und eine regelmäßige, alle
65 zwei Jahre erfolgende Erhöhung des BAföG für Studierende und Hand der
66 Teuerungsrate und der Entwicklung der Mieten.
- 67 • **Erfüllung der sogenannten ODA-Quote im Bundeshaushalt.** Das meint, dass im
68 gleichen Masse wie Mittel für den Verteidigungsetat erhöht werden, dies auch für
69 Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie
70 Entwicklungszusammenarbeit gilt.
- 71 • **Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.**
- 72 • **Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die Schaffung von**
73 **bezahlbaren Wohnungen.**

74
75 Begründung:
76
77 erfolgt mündlich
78

- 79
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal**

Antrag: O 03

Antragsteller: Juso Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesvorstand, SPD-Bezirksvorstand

Betr.: Wir setzen uns für den Erhalt der SPD-Bezirke und der Bezirke der Arbeitsgemeinschaften in der SPD ein

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Der Bezirksparteitag stellt sich allerdings entschieden gegen jegliche Versuche, durch eine
3 Organisationsreform mehr Zentralisierung und mehr Machtkonzentration durchzusetzen.
4 Darüber hinaus stehen wir auf dem Standpunkt, dass die Planung einer Organisationsreform
5 mit einer Diskussion darüber verknüpft werden muss, welche Strukturen und Gremien am
6 besten geeignet sind, inhaltlich kompetent und organisatorisch effektiv zu arbeiten.
7
8 Uns geht es deswegen bei der jetzigen Reform, um den grundsätzlichen personellen,
9 organisatorischen und politischen Erhalt der beiden SPD-Bezirke in Hessen-Nord und Süd und
10 um den Erhalt der Arbeitsgemeinschaften (z.B. Jusos, ASF, AfA, AGS, AG 60 Plus, ASJ, AfB,
11 etc.) auf Bezirksebene.
12 Deswegen fordern wir den SPD-Bezirksvorstand auf, sich für folgende Punkte energisch
13 einzusetzen:
14
15 1. Wir fordern den politischen, administrativ-personellen und organisatorischen Erhalt der
16 beiden SPD-Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd.
17 Die SPD-Bezirke sollen auch weiterhin für den Einzug der Beiträge, die
18 Mitgliederadressverwaltung und die politische Bildungsarbeit zuständig sein. Es wird
19 kein Outsourcing von Arbeiten geben. Die SPD wird keine Arbeiten, Aufgaben und
20 Dienstleistungen an Dritte außerhalb des SPD-Landesverbandes und der SPD-Bezirke
21 vergeben.
22
23 2. Die SPD verhält sich als Arbeitgeberin solidarisch und sozial zu ihren eigenen
24 Beschäftigten und lässt sie auch in finanziell und politisch schwierigen Zeiten nicht im
25 Stich. Deswegen werden der SPD-Landesverband und die beiden SPD-Bezirke Hessen-
26 Nord und Hessen-Süd betriebsbedingte Kündigungen von Mitarbeiter*innen
27 ausschließen.
28
29 3. Wir fordern den politischen, organisatorischen und personell-administrativen Erhalt der
30 Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd der Arbeitsgemeinschaften in der SPD.
31
32 4. Wir fordern den Erhalt der SPD-Bezirksgeschäftsstellen Hessen-Nord und Hessen-Süd.
33
34 5. Wir fordern den Erhalt der beiden Juso-Büros Hessen-Nord und Hessen-Süd mit den
35 bisherigen Stellen. Diese werden auch weiterhin u.a. für die politische Bildungsarbeit
36 und die Gremienbetreuung der Jusos vor Ort zuständig sein.
37

- 38 6. Wir fordern regelmäßige politische und administrative Fortbildungen und
39 Weiterbildungen für das SPD-Personal, um jede*n Mitarbeiter*in politisch sprachfähig zu
40 machen und dem Personal berufliche Aufstiegsperspektiven innerhalb der SPD zu
41 eröffnen. Denn gerade in schwierigen Zeiten ist eine positive Stimmung und Motivation
42 unter den Mitarbeitenden unabdingbar.
43
- 44 7. Wir bemühen uns, um eine effektive und konsequente Förderung von jungen Menschen
45 in der SPD. Deswegen werden wir unsere Bildungsarbeit für Ehrenamtliche und
46 Hauptamtliche intensivieren.
47
- 48 8. Wir fordern, die Kommunikationswege zu den Mitgliedern zu überprüfen und zu
49 verbessern.
50
- 51 9. Neben den grundsätzlichen organisatorischen Fragen, treten wir weiterhin für den Erhalt
52 des Hessenschrittes bei der Aufstellung der Landeslisten zur Landtags- und
53 Bundestagswahl ein.
54

55
56 Begründung:

57
58 „Politik ist Organisation“ (Max Weber)

59
60 Die hessische SPD hat bei der Landtagswahl am 28. Oktober 2018 eine empfindliche politische
61 Niederlage erlitten und ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis der Nachkriegsgeschichte
62 eingefahren. Sie hat über 391.000 Wähler*innen verloren. Eine Niederlage, die die
63 Landespartei neben dem weiteren Verlust an politischem Einfluss und weiteren 5 Jahren in der
64 Opposition im Landtag, auch erheblich Geld durch eine sinkende Wahlkampfkostenerstattung
65 kosten wird. Nach Aussage von Thorsten Schäfer Gümbel rechnet der Landesverband mit über
66 300.000 € weniger pro Jahr.

67 Der SPD-Landesverband plant u. a. deswegen eine organisatorische Neuaufstellung der
68 hessischen SPD, um effizientere und kostengünstigere Strukturen zu schaffen und um an das
69 Geld der beiden SPD-Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd heran zu kommen.
70

71 Trotz notwendiger Sparmaßnahmen darf die hessische SPD nicht ihre gewachsene Struktur
72 und ihre Nähe zur Bevölkerung verlieren. Wir betrachten die SPD- und die Bezirke der
73 Arbeitsgemeinschaften als unverzichtbar für die regionale politische Identität in Hessen. Gerade
74 im Zeitalter der Globalisierung werden regionale Verwurzelungen immer wichtiger. Wir sehen
75 unsere Bezirke als Stärke und nicht als Schwäche an. Sie waren und sind Garanten einer
76 bürger*innennahen Politik der SPD in den Regionen und zeigen selbst in der schmerzlichsten
77 Niederlage der SPD in Hessen, dass ihre Rolle, als Interessenvertreter der jeweiligen Region,
78 die SPD vor einem noch weitergehenden, tieferen Fall bewahrt hat. Deswegen sollten wir aus
79 der Wahlniederlage keine falschen Schlüsse ziehen und etwa unsere Bezirke in Frage stellen.
80 Nordhessen, Süd- und Mittelhessen sind durchaus regional unterschiedlich geprägt und
81 bedürfen einer unterschiedlichen politischen Ansprache. Eine Zentralisierung auf der
82 Landesebene wäre dabei kontraproduktiv. Sie würde nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer
83 Schwächung der SPD führen und auch noch die letzten Hochburgen schleifen.
84 Eine Schwächung der Parteistrukturen in den Bezirken wird auf lange Sicht nicht zu besseren
85 Ergebnissen bei Wahlen führen. Hessen als großes Flächenbundesland benötigt die
86 administrative Expertise im Norden, wie auch im Süden, um auch langfristig politik- und
87 kampagnenfähig zu bleiben.

88 Dabei machen wir deutlich, dass die Geld- und Personalfrage natürlich auch eine Machtfrage
89 ist, ist Politik doch Organisation, wie Max Weber sagt, und für die Organisation sind zur
90 Unterstützung der ehrenamtlichen Funktionsträger*innen in den Bezirken fundamental
91 hauptamtliche Mitarbeiter*innen notwendig. Deswegen wären rein politische Bezirke ohne
92 Personal und der Verfügungsgewalt über Geld (Beitragseinnahmen) leere Hüllen ohne

93 politische Durchsetzungsmacht. Das gilt sowohl für die SPD-Strukturen, wie die Strukturen der
94 Arbeitsgemeinschaften und der Jusos.
95 Wir fordern daher den Erhalt unserer bewährten föderalen und regionalen Strukturen und
96 wollen die SPD-Bezirke und Juso-Bezirke sowie die anderen Bezirksarbeitsgemeinschaften
97 politisch, administrativ-personell und organisatorisch erhalten.
98 Einzelne Unterbezirke haben alleine längst nicht die politische und organisatorische Schlagkraft
99 eines Bezirks. Sie alleine würden die notwendige demokratische Kontrolle der Landesebene
100 nicht ausüben können. Um Interessen der jeweiligen Regionen zu berücksichtigen und die
101 Landespolitik zu erten, sind daher funktionierende SPD-Bezirke und ihre
102 Arbeitsgemeinschaften unabdingbar.
103 Politische Jugend- und Bildungsarbeit wird seit Jahrzehnten erfolgreich in den beiden Juso-
104 Bezirken Hessen-Süd und Hessen-Nord betrieben. Die Bezirke sind dabei nah an den
105 Unterbezirken und bieten Bildungsprogramme und Seminare für Jusos in der jeweiligen Region
106 in erreichbarer Nähe an. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt und die
107 unterschiedlichen Bedürfnisse und Strukturen des ländlichen Raums und der Ballungszentren
108 berücksichtigt werden. Dazu sind die beiden Juso-Bezirke unverzichtbar.
109
110

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal**

Antrag: O 07

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bezirksvorstand,
SPD-Landesvorstand

Betr.: Offenlegung Protokolle der Arbeitsgruppen der
Strukturreform in der SPD-Hessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die eingesetzten Arbeitsgruppen des SPD-Landesverbandes Hessen für die Strukturreform im
3 Landesverband bzw. in den Bezirken sollen alle Protokolle der Arbeitsgruppen jeweils
4 unverzüglich an die Unterbezirksvorsitzenden in Hessen übersenden.
5

6
7 Begründung:

8
9 Erfolgt mündlich.

10
11
12
13

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal**

Antrag: O 10

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg,
SPD-Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: SPD-Bezirksvorstand, SPD-Unterbezirksvorstände

Betr.: Kampagne für das Ehrenamt in der Kommunalpolitik

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord soll finanzielle Mittel für eine Kampagne für das Ehrenamt in der
2 Kommunalpolitik bereitstellen. Diese soll in Kooperation mit den Unterbezirken – die
3 Unterbezirke Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg streben bereits eine Kooperation an
4 und haben gleichlautende Anträge in ihren Gremien verabschiedet – im Bezirk Hessen-Nord
5 durchgeführt werden. Die beiden Unterbezirke Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg öffnen
6 ihre geplante gemeinsame Arbeitsgruppe für andere Unterbezirke im Bezirk Hessen-Nord. Dazu
7 soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe auf Bezirksebene eingerichtet werden.

8
9

10 Begründung:

11
12 **Ehrenamtliche repräsentative Kommunalpolitik in der lokalen Demokratie - Hintergrund**
13 **und Problemstellung**

14
15 Das Ehrenamt in der Kommunalpolitik ist ein unverzichtbarer Baustein der kommunalen
16 Daseinsvorsorge. Wir sorgen als ehrenamtliche Kommunalpolitiker für den
17 Interessenausgleich und sozialen Zusammenhalt. Es geht darum, als Vermittler zwischen
18 Gemeindevorstand, Magistrat bzw. Kreisausschuss mit der jeweiligen Verwaltung und den
19 Bürgerinnen und Bürgern zu wirken und damit gemeinsam mit den Menschen Aktivitäten zur
20 Verbesserung der Lebenssituation und der Lebenschancen zu organisieren.

21
22 Es wird jedoch immer schwerer, kommunalpolitisch Engagierte zu halten. Überlastung und
23 Überforderungen nehmen zu. Es wird vor allem immer schwieriger, neue Kandidaten/-innen für
24 das ehrenamtliche kommunalpolitische Mandat zu begeistern.

25
26 Zudem entstehen immer mehr Konflikte vor Ort. Die repräsentative Kommunalpolitik und
27 Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung prallen aufeinander. Eigennutz stehen hierbei vor
28 Gemeinwohl, zunehmend sind verbale Angriffe auf Mandatsträger zu verzeichnen.

29
30 Eine Verkleinerung der Parlamente vor Ort löst alleine nicht das Problem, sondern bekämpft
31 lediglich das Symptom.

32
33 **Ziel der Kampagne**

34
35 Wir müssen alles daransetzen, das ehrenamtliche Engagement weiter zu stärken, zu stützen
36 und die Betroffenen vor Überforderung und insbesondere vor Anfeindungen besser zu
37 schützen.

38
39 Und wir brauchen eine gezielte Ansprache für das Ehrenamt in der Kommunalpolitik.

40
41 Der typische kommunale ehrenamtliche Mandatsträger ist älter als der
42 Bevölkerungsdurchschnitt (über 55 Jahre), gut ausgebildet und überwiegend männlich. Damit
43 wird deutlich, dass wir gerade junge Menschen und Frauen wir für das Ehrenamt in der
44 Kommunalpolitik begeistern müssen.

45
46 **Was tun?**

47
48 Diese Arbeitsgruppe ist offen für alle Unterbezirke im Bezirk Hessen-Nord. Zudem sollen über
49 die Geschäftsführungen zwischen den Unterbezirken Kooperationspartnerschaften gebildet
50 werden, um Synergieeffekte zu schaffen und den finanziellen Aufwand der Kampagne zu
51 bündeln.

52
53 Die Voraussetzungen für die Wahrnehmung des Ehrenamtes sind zu prüfen und wenn möglich
54 zu verbessern (Ausstattung, Freistellung, Aufwandsentschädigung, Fortbildung) und es ist vor
55 Überlastung (Funktions- und Terminhäufung) zu schützen.

56
57 Die Menschen sind gezielt anzusprechen (Formate schaffen und Kommunikationskanäle
58 nutzen) und aktiv einzubinden (Möglichkeit zur Mitwirkung geben, bspw. durch Hospitation), ihre
59 Meinung zu zulassen (Diskussionen), Erfahrungen und Kompetenzen zu nutzen und auch
60 Erfolgserlebnisse zu vermitteln (Berichterstattung, Anerkennung und Würdigung).

61
62 Wir müssen alle auch in die Lage versetzen, erfolgreich zu arbeiten (z. Bsp. durch Mentoring)
63 und entsprechende Qualifizierungen (Weiterbildung) anbieten.

64
65 Den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir durch eine gezielte Kampagne wieder mehr ins
66 Bewusstsein rufen, dass die Mandatsträger/-innen vor Ort sich ehrenamtlich für die
67 Gemeinschaft engagieren.

68
69 Wir müssen aktiv um Mitstreiter werben! Die gezielte Ansprache zum Mitmachen ist auch im
70 digitalen Zeitalter die beste Möglichkeit zur Gewinnung neuer ehrenamtlich tätiger
71 Kommunalpolitiker/-innen.

72 Dabei sind die folgenden Kernfragen zu beantworten:

- 73
- 74 • Wie machen wir auf das Ehrenamt in der Kommunalpolitik aufmerksam und wie
75 begeistern wir dafür?
 - 76 • Wie unterstützen wir Mandatsträger und wie begleiten wir Kandidaten?

- 77
78
79
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
20. Mai 2017
Baunatal**

Antrag: O 12

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Adressat: SPD-Bundes- und Landesparteitag

Betr.: Anteil von Mitbürgern mit Migrationshintergrund/PoC (People of Color ¹) in der Außendarstellung der SPD

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund PoC (People of Color) sollen in der Außendarstellung
3 der SPD z.B. Themen-/Wahlplakate, Webseiten, Informationsbroschüren angemessen
4 berücksichtigt werden.

5
6
7 **Begründung:**

8
9 Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund/PoC liegt laut Statistischem Bundesamt bei
10 23,6% der Gesamtbevölkerung Deutschlands². Dieser Anteil an der Bevölkerung sollte sich
11 nicht nur deshalb in der Außendarstellung der SPD widerspiegeln, um die Teilhabe der
12 Menschen mit Migrationshintergrund/PoC an der Gesellschaft zu unterstreichen – sie leistet
13 auch einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung/zum Diversity Management³ der Partei.
14 Weiterhin ist es gerade für die SPD wichtig, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund/PoC
15 mit ihr identifizieren können – so ist doch der Anteil derer, welche die SPD wählen, unter dieser
16 Wählergruppe besonders hoch ^{4 5}. Auch in dieser Hinsicht scheint es nicht nur richtig, sondern
17 auch lohnenswert, mindestens jede vierte dargestellte Person auf Themen-/Wahlplakaten usw.
18 eine Person mit Migrationshintergrund/PoC sein zu lassen.

19
20
21
22

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

¹ <https://missy-magazine.de/blog/2017/04/03/hae-was-heisst-denn-people-of-color/>

² <http://www.migazin.de/2018/08/02/statistisches-bundesamt-mehr-menschen-migrationshintergrund>

³ <https://mediendienst-integration.de/integration/interkult-oeffnung.html>

⁴ <http://www.migazin.de/2016/11/17/studie-einwanderer-wuerden-spd-waehlen/>

⁵ <https://mediendienst-integration.de/integration/politik.html>

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal**

Antrag: O 14
Antragsteller: ASF-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Adressat: SPD-Bezirksvorstand, SPD-Fraktionen in Nordhessen
Betr.: Mehr Frauen in Bürgermeisterämter

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Wir fordern den SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord und die SPD-Fraktionen in den Kommunen
3 auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit der Passus des beschlossenen Leitantrags des
4 Landesparteitags 2017 zum Regierungsprogramm 2019-2024 ohne weitere Verzögerung
5 umgesetzt wird.
6
7 *„Wir wollen erreichen, dass Frauen gleichermaßen in Führungspositionen gelangen. Dabei
8 sollen der öffentliche Dienst und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist,
9 Vorbildcharakter haben.“*
10
11 Hierzu sollen der Bezirksvorstand und die SPD-Fraktionen in den Kommunen aktiv kompetente
12 Frauen als Kandidatinnen für das Bürgermeisteramt ansprechen, für die Kandidatur gewinnen
13 und sie in besonderen und zusätzlichen Wahlkampfaktionen sowie den entsprechenden
14 Gremien unterstützen.
15
16
17 Begründung:
18
19 In Nordhessen gibt es von 165 Ober- und Bürgermeistern nur 49 SPD-Bürgermeister (davon
20 zwei Frauen in Kassel Ilona Friedrich und Baunatal Silke Engler). Das entspricht einem
21 Prozentsatz von 4%, anstelle 40%, die die SPD als Zielgröße proklamiert.
22
23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal**

Antrag: O 15
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg
Adressat: SPD- Landesvorstand, Landesparteitag
Betr.: Nominierung für den Landesvorsitz

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2
3 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord nominiert Nancy Faeser für den Landesvorsitz des SPD-
4 Landesverbandes Hessen.
5

6
7 Begründung:
8

9 Erfolgt mündlich.
10

11
12
13

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
18. Mai 2019
Baunatal**

Antrag: O 17

Antragsteller: SPD-Ortsverein Vellmar

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Kostenübernahme bei Ehrungen langjähriger Parteimitglieder

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass die Ortsvereine bei den entstehenden Kosten für
3 die Ehrungen langjähriger Parteimitglieder finanziell entlastet werden, in dem die anfallenden
4 Kosten für Nadeln/Broschen, Urkunden und Mappen von übergeordneten Parteigliederungen
5 übernommen werden. Eine sachgerechte Lösung ist vom Parteivorstand zu erarbeiten.
6
7

8 Begründung:

9
10 Die Mitgliederzahlen unserer Partei sind weiterhin stark rückläufig. Die Mitgliedergewinnung
11 wird demnach in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen, um auch die
12 vorhandenen und notwendigen hauptamtlichen Parteistrukturen aufrecht zu erhalten.
13 Doch nicht weniger wichtig ist die Mitgliederpflege. Hier übernehmen die Ortsvereine eine
14 besondere Rolle, denn die Parteibindung wird gerade auch auf dieser Ebene durch die vielen
15 ehrenamtlich Aktiven und den zahlreichen örtlichen Veranstaltungen wesentlich mitgeprägt.
16 Ein wichtiger Aspekt der Mitgliederpflege ist mitunter die Ehrung unserer langjährigen
17 Parteimitglieder, die im Regelfall im Rahmen von Jahresempfängen für ihre Treue zur Partei
18 geehrt werden.
19 Die Ortsvereine organisieren hierfür nicht nur den würdigen Rahmen der Ehrungen, sondern
20 übernehmen nach jetzigem Stand allein die gesamten Kosten. Dies halten wir unter
21 Berücksichtigung der Verteilung der Mitgliedsbeiträge in der SPD für nicht sachgerecht und
22 führen dies anhand folgender Modellrechnung aus:
23

24 1. Einnahmen der Ortvereine je Mitglied durch Mitgliedsbeiträge

25 Die Ortsvereine erhalten von den Mitgliedsbeiträgen 10% für ihre Arbeit, den Rest erhalten
26 andere Parteigliederungen nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel.

27 Im SPD Bezirk Hessen-Nord sind 17.870 Mitglieder und deren durchschnittlicher Monatsbeitrag
28 liegt bei 7,51€ (Stand: 2017).

29 Wenn man diese Zahlen zugrunde legt, erhält ein Ortsverein somit durchschnittlich
30 9,01€/Jahr/Mitglied für seine Arbeit. Bis zur Ehrung zahlen die Mitglieder demnach
31 durchschnittlich folgenden Anteil ihres Gesamtmitgliedsbeitrags an den Ortsverein:
32

33 Nach 25 Jahren: 225,25€

34 Nach 40 Jahren: 360,40€

35 Nach 50 Jahren: 450,50€
36

37 2. Was kosten den Ortsvereinen die Ehrungen von langjährigen Parteimitgliedern?

38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89

Folgende Kosten entstehen je Ehrung eines Mitglieds:

Urkunde	0,75€
Ehrungsmappe	2,95€
Nadel oder Brosche (25 Jahre)	7,60€
Nadel oder Brosche (40 Jahre)	7,95€
Nadel oder Brosche (50 Jahre)	29,95€
i.d.R. kleines Präsent	13,00€

Hieraus ergeben sich folgende Gesamtkosten je Ehrung eines Mitglieds:

Für 25 Jahre:	24,30€
Für 40 Jahre:	24,65€
Für 50 Jahre:	46,65€

Nach Abzug der Ehrungskosten bleibt einem Ortsverein für die Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederpflege je Mitglied/ Jahr folgender Überschuss übrig:

Nach 25 Jahren Mitgliedschaft: $225,25€ - 24,30€ = 200,95€/25\text{Jahre} = 8,04€/$
Jahr/ Mitglied

Nach 40 Jahren Mitgliedschaft: $360,40€ - 24,30€ - 24,65€ = 311,45€/40\text{Jahre} = 7,79€/$
Jahr/ Mitglied

Nach 50 Jahren Mitgliedschaft: $450,50€ - 24,30€ - 24,65€ - 46,65€ = 354,90€/50\text{Jahre} =$
 $7,09€/$ Jahr/ Mitglied

Hieraus resultiert, dass je länger ein Mitglied in der Partei ist, desto geringer wird dessen Anteil, den das Mitglied für die Arbeit des Ortsvereins leistet. Aus unserer Sicht ist dies nicht nachvollziehbar.

3. Was kostet einem Ortsverein ein Jahresempfang?

Zu ihren Ehrungen dürfen die langjährigen Parteimitglieder einen würdigen Rahmen erwarten, in aller Regel sind dies die Jahresempfänge der Ortsvereine. Da dieser Rahmen in jedem OV anders stattfindet und daher hier keine belastbaren Zahlen dargestellt werden können, dient die Darstellung des OV Vellmar nur exemplarisch:

Gesamtkosten des Jahresempfang 2018 (ausgenommen sind die Kosten der Ehrungen) = 916,81 €. Dies entspricht im Falle des Ortsvereins Vellmar (226 Mitglieder in 2018) einem Betrag von 4,28€/Jahr/Mitglied. Zusätzlich Porto (per Dialogpost), Briefumschlag & Druckkosten für die Einladungen: 0,40€/Jahr/Mitglied.

Damit entstehen durch den Empfang weitere Kosten von 4,68 €/ Jahr/ Mitglied.

4. Schlussfolgerung

Für die Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederpflege bleibt damit nach Abzug der Kosten für Ehrungen langjähriger Parteimitglieder und eines Jahresempfangs ein Betrag zwischen Ø 2,41 € bis 3,36 €/Jahr/Mitglied übrig. Das ist nach unserer Auffassung zu wenig, um die SPD voranzubringen und effektiv um Neumitglieder durch Aktivitäten zu werben. Kleinere Ortsvereine mit geringen Mitgliederzahlen haben damit praktisch kaum die Möglichkeit, mit diesen Mitteln auf sich aufmerksam zu machen.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an